

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Werteigehender Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Deutscher Dunder)
Berlin N.O. 35, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 25 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Köpenickstadt, Nr. 423.

Nr. 32.

Berlin, Sonnabend, 20. April 1912

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Jahresbericht des Vertreters am Reichsversicherungsamt für 1911. — Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im Jahre 1911. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

□ Jahresbericht des Vertreters am Reichsversicherungsamt für 1911.

Mit dem laufenden Jahre wird ein wichtiger Abschnitt in der Arbeiterversicherung, besonders aber in der Unfallversicherung beendet. Wenn am 1. Januar 1912 der Teil der Reichsversicherungsordnung, der die Unfallversicherung behandelt, in Kraft tritt, hört das Reichsversicherungsamt in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle auf Refurinstanz zu sein. Ueber zwei Drittel der Streitfälle aus der Unfallversicherung werden dann an den Oberversicherungsämtern ihre endgültige Entscheidung finden. Und wenn auch das Reichsversicherungsamt noch fast zwei Jahre lang in der bisherigen Weise weiter zu arbeiten haben wird, um die alten Reste wegzuschaffen, so darf man besonnenenachtet heute schon die Bilanz des Reichsversicherungsamtes für die Zeit von 1885 bis Ende 1912 ziehen. Denn was noch nachzuholen ist, sind nur die Körner, die sich irtümlich in der Mühle verfangen hatten in Ecken und Winkeln.

Beitritt man die Gründe, die zu dieser Aenderung des Instanzenweges führten, von allen Neuerlichkeiten und zufälligen Nebenereignissen, so darf man sagen: die erste Periode der Unfall- und man darf sagen, auch der Invalidenversicherung ist vorüber. Die Einrichtungen sind abgeschlossen, und was nun folgt, ist die dauernde Anwendung fertiger Einrichtungen und ihr allmählicher Ausbau. Man redet so viel von den Umwälzungen der neuen Zeit und denkt sich dabei meist etwas in der Zukunft Liegendes; vergißt aber, daß wir in den Revolutionen selbst drin leben, daß Tag um Tag am neuen Kleide der Zeit gearbeitet wird, daß manches fertig ist, vor unseren Augen wuchs, unbemerkt fast. Man vergißt ferner, daß spätere Geschlechter einmal die Arme reden werden nach unserer Zeit, in der neue gesellschaftliche Gewächse aus dem Boden sprossen und zahllose Keime herrlicher Zukunftsgebäude in die Erde gesenkt wurden, Pflege fanden, heranwachsen, aber dem Sohne, sagen wir des Jahres 2300, wenig zu tun übrig ließen, so wie der Künstler vor heute voll Bewunderung auf die Zeit der Renaissance blickt, die weil er sich in der Gegenwart beengt, eingeschnürt fühlt. Ja, wer von der neuen Zeit redet, vom sozialen Zeitalter, von Arbeitsrecht und vielen anderen Dingen, darf nicht vergessen, daß in der Arbeiterversicherung schon ein sehr wichtiges Gebäude aus diesem Zukunftsstaate vor uns steht, und daß dem Reichsversicherungsamte hohes Lob gebührt für die ungeheure Arbeit, die hier bahnbrechend geleistet worden ist.

Als 1884 die Unfallversicherung und 1891 die Invalidenversicherung geschaffen wurde, da waren die Gezege leere Rahmen, in denen vorerst Fleisch und Farbe fehlten. Eine auch nur mittelmäßige Verwaltung hätte in den Rahmen ebensowenig eine gute Versicherung hineinsetzen können, wie ein mittelmäßiger Maler in die schönsten Leisten ein gutes Bild malen kann. Gewiß haben am Werke der Arbeiterversicherung tausend Kräfte gearbeitet, ja hunderttausende Arbeiter und Arbeitervertreter, Unternehmer und Wissenschaftler. Aber ohne Reichsversicherungsamt wäre all das vermutlich ein Schöpfen in das berühmte Faß ohne Boden gewesen. Erst durch die zentrale Geschäftsstelle des Reichs-

versicherungsamtes wurden die Fäden aneinandergeknüpft, wurde das Beste aufgesammelt, Neues angeregt, so daß heute, im großen und ganzen gesehen, in Unfall- und Invalidenversicherung ein soziales Recht gebildet ist, das in seiner Wirksamkeit und in der darin verborgenen Arbeit in der fernsten Zukunft viel mehr geschätzt werden wird als in der Gegenwart, wie es heute schon im Ausland sehr viel mehr anerkannt ist als bei uns.

Es sind wenige Menschen, die die Größe der Aufgaben, die seit 1884 zu lösen waren, zu schätzen wissen, weil für die meisten dieser ganze Strom ungelesen, aber wie selbstverständlich fließt. Die Arbeiter wissen es meist nicht; denn abgesehen davon, daß es ihnen an Zeit fehlt, sich in diese Einzelheiten zu vertiefen, verspüren sie am eigenen Leibe oder erleben in ihrer Nähe den oder jenen Einzelfall, der vielleicht wenig geeignet ist, Freude an der Versicherung zu erwecken. Aber sie hören die Lobspüche politisch rückständiger Leute über die Arbeiterversicherung und sehen oder vermuten dabei den Verdesch politischer Geschäftshuberei. Die Unternehmer glauben oft, die Versicherung bestände nur aus dem gelegentlich auftauchenden Beitrags-einnehmer, und die andern, die große Schicht der Gebildeten zum Beispiel, entbehrt fast völlig der Fühlung mit den Dingen. Sie erfährt nur davon, wenn ein streblamer Professor wie Herr *Vernhard*, der über Kiel und Posen an die Berliner Universität floh, und nun eine Aindendeckung für seinen kometenhaften Anflug sucht, in Kreisen rheinisch-westfälischer Industrieller sich in Bekwörden gegen die Arbeiterversicherung ergeht. Gerade hier, wo so oft an Einzelfällen aus der Arbeiterversicherung Kritik geübt wurde und in Zukunft geübt wird, mag es deshalb angemessen sein, die Dinge im allgemeinen zu besprechen.

Wer sich einigermaßen in der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes auskennt, versteht a. B. wie viel Arbeit allein zu leisten war, um in der Hauptsache klarzustellen, was ein „Betriebsunfall“ ist. Aber solcher Begriffe, die zu erläutern waren, gibt es hunderte. Daß durch die Arbeiterversicherung ein völlig neues Rechtssystem in Deutschland eingeführt wurde, wissen nur wenige. Der Richter am ordentlichen Gericht ist in tausend und tausende Paragraphen eingeschnürt, die sich seit Jahrhunderten ausgebildet haben. Aber „es erben sich Gesetz und Recht wie eine ewige Krankheit fort“. Wandler Paragraphen atmet den Geist längst vergangener Jahrhunderte und ist heute eine unwürdige Fessel für den Angeklagten, für den Kläger und — nicht selten — für den Richter, der gern anders möchte, aber nicht darf. Die Arbeiterversicherung kennt diese Fesseln nicht und wird sie hoffentlich nicht kennen lernen. Ueber die rechtlichen Einzelheiten sagen die Gezege trotz ihrer großen Zahl von Paragraphen wenig. Das Recht zu finden, bleibt den Richtern und zwar besonders am Reichsversicherungsamte überlassen. Es bedarf keiner Jahrzehnte lang in Agitationen, den oder jenen Paragraphen zu ändern. Der Richter entscheidet frei ohne allzu enge gesetzliche Schranken. Ein gutes Richtermaterial vorausgesetzt, ist es möglich, das Recht immer dem Leben einigermaßen anzupassen. Auf diesem Wege ist, den Arbeitern meist höchst unympathisch, die „Gewöhnung“ in so ausgedehntem Maße in die Rechtsprechung hineingekommen. Umgekehrt wurde aber auch der Begriff des Betriebsunfalles nach der Richtung „Unfall des gewöhnlichen Lebens“ erheblich ausgedehnt. Diese Art des Rechtfindens, aus britischen Verhältnissen stammend, hat durch die Arbeiterversicherung zum erstenmal in Deutschland Heimatrecht

erobert und wird in Zukunft auch die Starrheit des alten Rechtssystems erweichen, es dem Leben anpassungsfähiger machen, so daß mal vielleicht eine Zeit kommen wird, in der die hungernde Witwe, deren sechs Kinder zu Hause ohne Nahrung sitzen, nicht mehr zu vier Wochen Gefängnis verurteilt wird, weil sie ein Brot aus dem Bäckerladen wegnahm.

Dabei ist die Rechtsprechung nicht die einzige Tätigkeit des Reichsversicherungsamtes. Dasselbe beaufsichtigt die Berufsgenossenschaften und die Versicherungsanstalten und hat durch seine Anregungen und Einflüsse ungeheuer viel geleistet in der Erziehung dieser Körperchaften. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß es auch in Unternehmerkreisen nicht wenig Leute gibt, die der Unfallversicherung nicht allzu freundlich gegenüberstehen und ihr gern mal ein Bein stellen würden. Auf der andern Seite gibt es solche Leute ebenfalls. Daß die Erziehungsarbeit des Reichsversicherungsamtes an den Versicherungsträgern, in Verbindung mit der öffentlichen Kritik nicht vergeblich war, weiß jeder, der in der Arbeit drin steht.

Freilich, man muß sich sehr hüten, von unangenehmen Einzelfällen ohne weiteres abzurteilen über die gesamte Versicherung. Durch Verallgemeinerung wird ja noch diesseits und jenseits der Mauern gesündigt. Es werden stets Fälle übrig bleiben, in denen auch die bestorganisierte Versicherung Fehler macht. Und es werden leider Fälle übrig bleiben, in denen auch die anpassungsfähigste Rechtsprechung nicht ausreicht, oder in denen sie sehr greift. Diesen Fehlern wird man durch Kritik oder Beschwerde zu begegnen suchen müssen. Manches ist aus der Nähe betrachtet, weniger tragisch. Noch immer gibt es eine Portion Schwindelereien in der Arbeiterversicherung. Aber auch jetzt halten wir die Behauptung aufrecht, daß in den Krankenkassen die Arbeiter z. B. viel öfter um ihre Rechte gebracht werden als in den andern Versicherungszweigen, was sich die Leute in den Krankenkassen gefallen lassen, weil die Verwaltung sozialdemokratisch ist, oder sagen wir, in Sünden von Klaffgenossen liegt.

Arbeiter und Unternehmer haben von Augenblicksstandpunkte aus gesehen, in der Versicherung keine gemeinsamen Interessen. Es gibt Gebiete, in denen stets der eine Teil herüber, der andere Teil hinüber zieht. Und die Rechtsprechung, besonders das Reichsversicherungsamt, hat dann die Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Im Handbuch für Unfallversicherung, in dem Abschnitt über die Geschichte und den Wirkungsbereich des Reichsversicherungsamtes, sagt dieses selbst:

„Von der einen Seite wird sie (die Rechtsprechung) als zu milde, von der andern als zu streng bezeichnet, bisweilen unter Anführung recht unglücklich gewählter Beispiele . . . die den Parteistandpunkt allzu deutlich zur Schau tragen . . . Das Reichsversicherungsamt hat unlegbar strenge da geübt, wo sie erforderlich war, um die Begehrlichkeit hintanzubehalten . . . Auch Erfahrungen, die erst mit der Zeit gewonnen werden konnten, . . . führten für gewisse Gruppen von Sachen zu einer etwas strengeren Auffassung. Andererseits fehlt es bis in die neueste Zeit hinein nicht an Beispielen, daß eine Rechtsübung sich nach einer milderen Richtung hin entwickelt hat . . . Alles in allem wird der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes auch heute nicht das Zeugnis einer gegenüber dem Versicherten wohlwollenden Auffassung verweigert werden können.“

Dem kann man unbedenklich zustimmen, freilich, ohne damit die Stellungnahme des Reichsversicherungsamtes in ihren Grundzügen stets zu billigen. Im Kerne steckt in dem Gedanken, die

Gewöhnung an Unjallfolgen mit bei der Rentenbemessung einzurechnen, ein auch sozialpolitisch gefundenes Ziel. Daß aber die „Gewöhnung“ heute oft genug in der Praxis zu Lohngerichten wird, ist wohl dem Reichsversicherungsamt nicht entgangen. „Teilweise Gewöhnung“, „böilige Gewöhnung“, „weitere Gewöhnung“, „vollkommene Gewöhnung“, „Gewöhnung höhern Grades“ u. a. m. sind die Steigerungen, die von Ärzten usw. angewendet werden. Fast reichen die Eigenschaftswörter der deutschen Sprache nicht mehr aus, um alle Gewöhnungen zu bezeichnen. Man glaubt z. B. nicht, wie viel Unfug sich bloß mit dem Worte „weitere Gewöhnung“ decken läßt. Auch die Herren Ärzte leiden an dem juristischen Gewöhnungsbegriff; er hat ihre wissenschaftlichen Gründe oft heruntergeschluckt. „Das Reichsversicherungsamt hat entschieden, daß nach so viel Jahren Eintritt von weiterer Gewöhnung anzunehmen ist; deshalb empfehle ich Aufhebung der Rente.“ So liest man es oft. Um diese juristische Formel herzulagen, braucht man keinen Arzt, dazu genügt ein junger Mediziner. Die Ärzte sollten es für unter ihrer Würde halten, mit solchen Worten, unter denen jeder sich was anderes denkt, in Gutachten zu arbeiten. Man darf vom Reichsversicherungsamt erwarten, daß es den von ihm eingeführten Gewöhnungsbegriff in absehbarer Zeit gegen Mißbrauch mehr einschränkt. —
(Fortsetzung folgt.)

Breitsbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im Jahre 1911.

Wie alljährlich, so bringt auch dieses Mal das „Reichsarbeitsblatt“ in seiner März-Nummer eine Uebersicht über die Preisbewegung der wichtigsten Nahrungsmittel, die erkennen läßt, daß diese Bewegung die schon im vorigen Jahre beobachtete aufsteigende Richtung beibehalten hat. Als Grundlage für die Betrachtung sind wiederum die Durchschnittspreise aus 17 deutschen Großstädten herangezogen, die im allgemeinen die Verhältnisse im ganzen Reich mit hinreichender Genauigkeit wieder spiegeln dürften. Um auch der verschiedenen Dichtigkeit der Bevölkerung und der besonderen gesellschaftlichen Schichtung, wie sie durch die Verschiedenheit der Berufstätigkeit bedingt ist, einigermaßen gerecht zu werden, sind diese Städte nach ihrer Lage in drei Gruppen eingeteilt. Zu Ostdeutschland sind gerechnet worden die Städte Königsberg, Posen, Breslau, Stettin, Berlin, Dresden, zu Westdeutschland Magdeburg, Kiel, Altona, Hannover, Kassel, Köln, Aachen und zu Süddeutschland Frankfurt a. M., Mannheim, Straßburg, München.

Die Zusammenstellung aus diesen Orten läßt zunächst erkennen, daß 1911 im Jahresdurchschnitt die Preise für Rindfleisch durchweg höher waren als im Vorjahre. Die Unterschiede sind örtlich sehr verschieden; sie schwanken zwischen 1 Pfg. in Aachen und 19 Pfg. in Mannheim. Verfolgt man die Preisbewegung im Laufe des Jahres, so treten die Folgen des ungenügend trockenen Sommers, in erster Linie der Futtermangel, der zu starken Viehverkäufen führte, mit großer Deutlichkeit hervor. Während bis in den Sommer hinein die Monatspreise höher als im Vorjahre standen, sanken sie in den meisten Berichtsorten vom September an unter die vorjährigen hinab. Wo das nicht der Fall war, ist doch der Preisunterschied zugunsten des Berichtsjahres in den ersten drei Vierteljahre größer als im Vorjahre. Nur Mannheim, München und Königsberg machen davon eine Ausnahme. Beim Kalbfleisch läßt sich die gleiche Erscheinung, wenn auch in geringerem Maße beobachten. Auch hier waren die Jahresdurchschnittspreise in den meisten Städten gestiegen; ein Preisrückgang ist nur für Königsberg und Stettin zu verzeichnen. Die Preise für Sammelfleisch sind in Königsberg, Stettin und Aachen etwas gesunken, in Frankfurt a. M. und Kiel unverändert geblieben, in den übrigen Berichtsorten gestiegen. Die Schweinefleischpreise sind allenthalben ziemlich bedeutend zurückgegangen, am stärksten in Königsberg und Köln um 17 Pfg. und in Berlin um 16 Pfg. Sie stanken fast überall in sämtlichen Monaten unter denen des Vorjahres. Die Milchpreise haben in sämtlichen Berichtsorten, mit Ausnahme von Altona und Pöln, eine Erhöhung um 1 bis 3 Pfg. erfahren. Auch hier machte sich die Preissteigerung erst im letzten Jahresdrittel geltend und dürfte ebenfalls auf der Futtermangel in Beziehung zu bringen sein.

Nach man die Kleinverkaufspreise am Anfang, in der Mitte und am Ende des Jahres ins Auge, so erhält man im Vergleich mit den entsprechenden Vorjahreszeiten folgendes Bild der Preisentwicklung:

		in ost-deutschen Großstädten	in west-deutschen Großstädten	in süddeutschen Städten
Rindfleisch				
Januar	1911	162	174	165
	1910	152	161	155
Juni	1911	164	176	172
	1910	154	166	158
Dezember	1911	163	174	172
	1910	163	176	164
Schweinefleisch				
Januar	1911	148	162	177
	1910	160	172	188
Juni	1911	138	153	173
	1910	149	162	181
Dezember	1911	141	154	160
	1910	150	165	177
Kalbfleisch				
Januar	1911	180	199	181
	1910	173	186	167
Juni	1911	181	204	198
	1910	171	190	182
Dezember	1911	179	201	179
	1910	181	198	174
Sammelfleisch				
Januar	1911	175	178	162
	1910	172	170	157
Juni	1911	184	185	179
	1910	174	175	172
Dezember	1911	175	177	170
	1910	175	177	164
Sollmilch				
Januar	1911	19	20	22
	1910	18	20	22
Juni	1911	19	20	22
	1910	18	20	22
Dezember	1911	21	22	24
	1910	19	20	22

Die Preise für Rindfleisch waren danach in den westlichen Großstädten am höchsten, in den östlichen am niedrigsten. In allen drei Gebieten brachte die Jahresmitte die höchsten Preise, während dies 1910 am Jahreschluß der Fall war. Die Schweinefleischpreise standen in Süddeutschland am höchsten, in Ostdeutschland am niedrigsten. Die höchsten Kalbfleischpreise ergaben sich wie im Vorjahre für Westdeutschland, während sie im Osten am niedrigsten standen. Beim Sammelfleisch waren die Unterschiede am geringsten. Die niedrigsten Preise ergaben sich für Süddeutschland.

Eine Durchschnittsberechnung nach den Angaben von 50 preussischen Orten ergibt — nach der Statistischen Korrespondenz des Preussischen Statistischen Landesamts — folgende Kleinhandelspreise für die wichtigsten Fleischarten:

Preise für 1 kg	Rindfleisch Pfg.	Kalbfleisch Pfg.	Sammelfleisch Pfg.	Schweinefleisch Pfg.	Sollmilch Pfg.
I. Vierteljahr	1911 166	186	174	153	77
	1910 155	176	167	166	74
II. „	1911 166	188	178	146	78
	1910 156	177	171	160	75
III. „	1911 169	186	183	147	78
	1910 165	184	174	162	76
IV. „	1911 169	187	172	148	77
	1910 169	189	174	163	77
Im Jahresdurchschnitt	1911 168	187	177	149	78
	1910 161	182	172	163	76

Diese Uebersicht bestätigt im großen und ganzen lediglich die Ergebnisse der obengemachten Zusammenstellung.

Die Angaben über die Höhe des Fleischverbrauches im Jahre 1911 können nicht als absolut richtig angesehen werden, geben aber doch ein annähernd zutreffendes Bild. Die gewerblichen Schlachtungen, die weitaus den größten Teil des zum Verbrauche bestimmten Fleisches zur Verfügung stellen, haben bei allen Tierarten mit Ausnahme der Ziegen, Pferde und Schweine abgenommen. Bei den letzteren stellt sich die Zunahme auf 2,2 Millionen Stück. Pferde und andere Einbufer wurden 2800 und Ziegen ungefähr 19500 mehr geschlachtet. Die Abnahme bei den übrigen Tierarten ist zum Teil recht erheblich. Will man den Fleischverbrauch genau berechnen, so muß zunächst das eigentliche Schlachtgewicht der Tiere in Anschlag gebracht werden. Ferner sind die Hauschlachtungen und die Mehreinfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, Fleischwaren und Speisefetten zu berücksichtigen. Abgezogen werden muß das als genussuntauglich beseitigte Fleisch. Zieht man alle diese Faktoren mit in die Berechnung, so ergeben sich auf den Kopf der Bevölkerung folgende Verbrauchsahlen:

Jahr	Aus gewerblichen Schlachtungen kg	Aus Hauschlachtungen kg	Aus Mehreinbufer kg	Gesamtverbrauch kg
1907	41,0	9,2	3,0	52,9
1908	41,6	9,2	2,7	53,3
1909	41,8	9,2	2,7	53,0
1910	40,9	9,2	2,2	51,5
1911	42,2	9,2	2,8	53,7

Der Gesamtfleischverbrauch der deutschen Bevölkerung stellte sich demnach im Jahre 1911 auf 53,7 Kg. auf den Kopf der Bevölkerung, was gegenüber dem Vorjahre — das eine Abnahme um 1,5 Kg. brachte — wiederum eine Zunahme um 2,3 Kg. bedeutet.

Eine besonders wichtige Rolle spielt beim Fleischverbrauch das Schweinefleisch, auf das schon 1911 mehr als die Hälfte des Gesamtverbrauchs entfiel. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, ergibt sich für das letzte Jahr folgende Schweinefleischkonsum:

1907	32,5 Kg.
1908	32,4 „
1909	30,8 „
1910	30,7 „
1911	33,9 „

Die so berechnete Verbrauchsziffer für 1911 steht demnach um 3,2 Kg. über der des Vorjahrs, um 1,8 Kg. über dem Mittel des letzten Jahres (32,1 Kg.). Somit übertrifft die Zunahme des Schweinefleischverbrauchs erheblich die des Gesamtfleischverbrauchs.

Zieht man noch die Preise für einige wichtige Nahrungsmittel in die Berechnung, so ergibt sich, daß die Preise für Kartoffeln in den meisten Städten wenigstens in der ersten Jahreshälfte von den vorjährigen nicht erheblich abwichen, daß sie jedoch in der zweiten Jahreshälfte infolge der ungünstigen Ernte in die Höhe gingen. Ähnliches zeigt sich bei den Butterpreisen, wo in einzelnen Monaten des letzten Jahres ziemlich bedeutende Unterschiede gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen waren. So waren die Kleinhandelspreise im Oktober in Breslau um 85, in Berlin um 30, in Kiel um 70, in Hannover um 40, in Aachen um 50 und in Frankfurt a. M. um 20 Pfg. pro Kilogramm höher als im Vorjahre. Gegen den Schluß des Jahres gleichen sich diese Unterschiede allmählich etwas aus; immerhin ergaben sich für Berlin und Aachen im Dezember noch Spannungen von 40 bzw. 60 Pfg. Auch bei den Preisen für Eier zeigte sich zwischen dem Berichtsjahre und dem Vorjahre wesentliche Unterschiede.

Auch diese kurze Betrachtung läßt erkennen, daß der Aufwand für die Lebenshaltung wesentlich größer geworden ist. Je stärker die Familie, umso mehr merkt man natürlich den Unterschied in der Verteuerung. Kann man es unter solchen Umständen den Arbeitern verdenken, wenn sie alle Anstrengungen machen, die notwendige Erhöhung der Ausgaben wieder wettzumachen durch größere Einnahmen? Schon von diesem Gesichtspunkte aus müssen die Lohnbewegungen, die in den letzten Monaten stattgefunden haben, als durchaus berechtigt anerkannt werden. In absehbarer Zeit ist ein Wandel in den Leuerungsverhältnissen nicht zu erwarten. Deshalb werden auch die wirtschaftlichen Kämpfe vorläufig andauern, und die Arbeiter haben alle Ursache, auf die Stärkung ihrer Organisation bedacht zu sein. Sie müssen den Berufsvereinen die Inbifferenzen als Mitglieder zuführen, und andererseits durch Anschluß an die Konsumvereine die Möglichkeit schaffen, ihre Einkäufe so billig wie möglich zu beden. Dazu werden obige Zahlen hoffentlich beitragen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 19. April 1912.

Zwei Delegiertentage finden zu Pfingsten in Berlin statt, und zwar beide in unserem Verbandshaus. Der Gewerksverein der Graphischen Berufe, Maler und Lackierer hat außer den üblichen Berichten und Anträgen auf der Tagesordnung einen Vortrag des Hauptgeschäftsführers Kollegen Bergmann über: „Unsere Stellung zu und in den Kartellgemeinschaften“. Der Gewerksverein der Deutschen Wildhauer wird sich in einem besonderen Vortrage mit der Reichsversicherungsordnung beschäftigen. Es ist selbstverständlich, daß auch der geschäftsführende Ausschuss auf beiden Tagungen vertreten sein wird. Schon heute sprechen wir den Wunsch aus, daß die beiden Delegiertentage einen guten Verlauf nehmen, daß sie zur Kräftigung der Gewerksvereine beitragen und damit auch unsere Gesamtbewegung um ein gutes Stück vorwärts bringen.

Offizielle Bestätigungen der Notlage der Arbeiter. Alljährlich, wenn die Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten erschienen sind, bringt sowohl der „Reichsanzeiger“ als auch die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine Betrachtung über die wirtschaftliche Lage. Das ist auch diesmal wieder geschehen, und diese Betrachtungen bieten deswegen ein erhöhtes Interesse, weil sie in einem scharfen Gegensatz stehen zu Kundgebungen preussischer Minister. Der „Reichsanzeiger“ leitet seine Besprechung der Berichte der Aufsichtsbeamten mit folgenden Sätzen ein:

„Die Besserung der wirtschaftlichen Lage hat nach den soeben erschienenen Jahresberichten der Königlich-preussischen Regierung, Gewerbeämter und Bergbehörden für 1911 in den meisten Gewerbebezügen angehalten, so daß es an Arbeitsgelegenheit im allgemeinen nicht mangelt.“

Es folgt sodann eine Aufzählung der größeren Industriezweige, aus der man im allgemeinen einen flotten Geschäftsgang erkennen kann. Dann aber heißt es weiter:

„Die Arbeitslöhne haben in den meisten Gewerbebezügen durch gütliche Vereinbarung oder freiwillige Entschließung der Unternehmer und durch Ausstände eine, wenn auch meist nur geringe Erhöhung erfahren. Der gesteigerte Verdienst wurde aber durch die Teuerung der Lebensmittel wieder ausgeglichen, so daß sich eine große Anzahl industrieller Firmen in weit härteren Mäßen als in früheren Jahren verhalten sah, den Arbeitern entweder den Bezug von Kartoffeln, Mehl, Hülsenfrüchten, Gemüse, Fisch und Brennmaterial durch Beschaffung im großen und durch Abgabe zum Selbstkostenpreis zu erleichtern oder ihnen Teuerungszulagen, zum Teil in beträchtlicher Höhe, zu gewähren oder mit Vorschüssen zu helfen.“

Zu genau denselben Schlussfolgerungen kommt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Sie schreibt:

„Die Berichte... bieten... eine erfreuliche Bestätigung für die anderweitig schon festgestellte Tatsache, daß das vergangene Jahr für unsere Industrie im allgemeinen sehr günstig gewesen ist und eine Fortsetzung des mit dem Jahre 1910 begonnenen Aufschwungs gebracht hat.“

Aber auch die Beurteilung der Lage der Arbeiter deckt sich hier vollständig mit der im „Reichsanzeiger“. In dem der preussischen Regierung nahestehenden Blatte heißt es nämlich:

„Seider ist die günstigere Lage der Industrie den Arbeitern nicht in dem wünschenswerten Umfange zugute gekommen. Wenn auch die Löhne durchweg eine steigende Tendenz zeigen, so wurden die sich daraus ergebenden Vorteile doch fast überall durch die Teuerung der Lebensmittel, der Kohlen usw. aufgehoben, teilweise sogar mehr als aufgehoben.“

Man vergegenwärtige sich angesichts dieser Urteile einmal die Reden, die gelegentlich der Teuerungsdiskussion seitens unserer leitenden Staatsmänner gehalten wurden. Das Vorhandensein einer Teuerung wurde da rundweg abgelehnt. Hier aber werden klipp und klar die Teuerungsverhältnisse zugegeben. Da muß man sich doch wirklich fragen, daß unsere Minister über die sozialen Verhältnisse des Volkes recht schlecht unterrichtet sind.

Aber noch eine andere Schlussfolgerung muß aus obigen Betrachtungen gezogen werden. Der zugegebene Aufschwung der Industrie ist zum größten Teil dem Fleiß und der Intelligenz der Arbeiter zu verdanken. Sie haben also schon deshalb einen berechtigten Anspruch auf die Segnungen und Vorteile, die dieser wirtschaftliche Aufschwung mit sich bringt. Es wird jedoch ausdrücklich anerkannt, daß dies in der Regel nicht der Fall gewesen ist. Deshalb ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Arbeiter, für eine Verbesserung ihrer sozialen Lage einzutreten. Das können sie aber nur, wenn sie in starken Organisationen vereinigt sind. Goffentlich trägt deshalb die Beurteilung in den beiden Regierungsblättern dazu bei, daß die Arbeiter, soweit sie den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben, sich ihr endlich anschließen, damit sie in die Lage kommen, sich den berechtigten Anteil am Aufschwung unseres Wirtschaftslebens, wo er ihnen nicht auf friedlichem Wege bewilligt wird, zu erkämpfen.

Arbeiterbewegung. Der Kampf in der Frankfurter Metallindustrie dauert noch fort. Es haben allerdings Verhandlungen zwischen Kommissionen beider Parteien unter Ausschaltung der Organisationsvertreter stattgefunden, die aber noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird beiderseitig Stillschweigen beobachtet. Trotzdem sind die Unternehmer eifrig bemüht, Arbeitswillige heranzuloden. All diesen

Angeboten darf natürlich auf keiner Fall Folge geleistet werden. — Die in den Schraubenfabriken von Berlin beschäftigten Metallarbeiter haben Grund zur Unzufriedenheit, weil die im Jahre 1910 mit dem Verein der Schraubenfabrikanten getroffenen Vereinbarungen von vielen Unternehmern nicht innegehalten werden. Eine Verarmung hat dazu Stellung genommen und die Arbeiter beauftragt, überall dort, wo die Vereinbarungen nicht innegehalten werden, zunächst Betriebsvereinbarungen einzuberufen und in geeigneter Weise für eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse zu sorgen. — Im sächsischen Bergbau hatten die Bergarbeiter die Vermittlung der Regierung angesetzt. Es haben auch tatsächlich Verhandlungen stattgefunden, die aber an dem hartnäckigen Widerstand der Unternehmer gescheitert sind. Letztere wollen sich nur bereit erklären, bei aufsteigender Konjunktur eine Revision der Löhne vorzunehmen, die nach ihrer allerdings unrichtigen Angabe überhaupt eine steigende Tendenz zeigten. Mit einem so geringen Zugeständnisse konnten sich die Vertreter der Arbeiter unmöglich einverstanden erklären. — Die Schuhamacher in Bamberg haben Lohnforderungen gestellt, die aber von der Innung rundweg abgelehnt worden sind. Infolgedessen haben die Gehilfen beschlossen, die Kündigung einzureichen und eventl. durch den Kampf die bestehenden Lohnverbesserungen durchzusetzen. — Die Verhandlungen über die Arbeitsverhältnisse im Samsburger Salzen sind vorläufig zum Abschluß gelangt. Die Kommission einigte sich darauf, daß den Salzarbeitern zunächst eine Lohnerhöhung von 10 Pfg. pro Tag, die in den nächsten beiden Jahren nochmals um 10 Pfg. steigt, bewilligt werden soll. Für besonders schwere und gesundheitschädliche Beschäftigung soll ein höherer Zuschlag gewährt werden. Was die Verkürzung der Arbeitszeit anbetrifft, so soll eine Kommission, der auch Arbeiter angehören, eingesetzt werden, die binnen Jahresfrist die Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden vorbereiten soll. Die Arbeiter werden in einer zum Sonntag einberufenen Versammlung zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen.

Der Streik der Bergarbeiter in Böhmen scheint seinem Ende entgegenzugehen, da die Unternehmer in der Lohnfrage einige Zugeständnisse gemacht haben. — Der Kampf der Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist noch immer nicht zum Abschluß gelangt. Es sind ungefähr eine halbe Million Arbeiter daran beteiligt. Es handelt sich in diesem Kampfe um die Erneuerung des Tarifs, der am 31. März abgelaufen und noch nicht erneuert worden ist. — Im Schneidergewerbe Schwedens ist ein heftiger Kampf ausgebrochen, weil in einigen kleineren Städten die Wäghmehder Forderungen gestellt haben. Dieses Unterfangen wurde mit der Ausperrung beantwortet. An einigen Orten allerdings ist es zur Einigung gekommen. — Der beinahe 5 Monate dauernde Streik der Chauxfeure in Paris ist beendet.

Wilde Richter fanden am 15. d. Mts. vor dem Schöffengericht zu Köthenbroda die Verbändler Baudach und Geißler. Der Anklage gegen sie lag folgender Tatbestand zugrunde: In der Maschinenfabrik von Meisch in Coswig war es den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes durch die bekannten Mittel bisher noch stets geglückt, alle anders- oder nichtorganisierten Arbeiter wieder aus dem Betriebe herauszubringen. Als im August 1911 der Gewerkevereinskollege A. dort Arbeit erhielt, versuchte man auch ihn zunächst durch „gütliches Zureden“ zum Uebertritt in den Metallarbeiterverband zu bewegen. Das war vergeblich, und so suchte man ihn durch Werben von Rieten, Holz- und Eisenstücken, durch Verunreinigung der Kleidungsstücke und Beschädigung des Fahrrades das Weiterarbeiten zu vereiteln. Aber auch das führte nicht zum Ziele, und so wurde denn am 1. September von der Betriebsleitung kurz und bündig per Brief die Entlassung des A. verlangt, unter dem Vorwande, er habe sich eines unkollegialen Verhaltens schuldig gemacht. Die Firma aber blieb dem Drängen der Verbändler gegenüber fest, und so traten am 2. September sämtliche „Genossen“ bis auf zwei in den Streik. Nach mehrmaligen Verhandlungen erwichen dann der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes Schildner auf der Bildfläche, der den Arbeitern den Kopf zurechtlegte und ihnen sagte, daß sie auf Unterstützung des Verbandes bei einem solchen Streik nicht zu rechnen hätten. Er bat weiter bei der Firma um gutes Wetter für seine Mitglieder, und schließlich erklärte sich die Firma bereit, die Verbändler wieder einzustellen, wenn sie sich verpflichteten, mit unserem Kollegen in Frieden zu leben. Anfangs war dies auch der Fall. Bald aber gingen die Schikanierungen weiter, so daß unser Kollege am 2. Februar

d. Js. nach einem tätlichen Angriff durch den Angeklagten Baudach endlich „freiwillig“ den Betrieb verließ. Als sich bei dieser Gelegenheit der Gewerkevereiner zur Wehr setzte, entband eine allgemeine Valgeret, da die übrigen Verbändler ihrem Genossen zu Hilfe eilten, und bei dieser Gelegenheit stachelte der andere Angeklagte Geißler seine Gefinnungsgenossen noch auf durch die Worte: Werft den verfluchten Hund doch hinaus, und noch andere Schimpfworte.

Die Angeklagten konnten den Tatbestand nicht leugnen. Es wurde auch zugegeben, daß der eine Angeklagte in den ersten Tagen mit unserem Kollegen aufs beste verkehrt habe, bis ihm dies von den anderen Verbändlern verboten worden sei. Von Jegen wurde bestätigt, daß unserem Kollegen geiaht worden sei, er solle nur in den Verband über-treten, dann würde alle Schererei ein Ende haben. Der als Zeuge vernommene Chef der Firma be-tundete, daß die Verbändler mit jedem anders- oder unorganisierten Arbeiter in gleicher Weise um-sprängen, und daß er ganz machtlos dagegen sei. Dittmals habe es ihn gedauert, wenn ältere Arbeiter, die das 50. Lebensjahr bereits überschritten hatten und deswegen in anderen Betrieben nur schwer Arbeit erhalten, auf diese Weise außer Brot gebracht worden sind. Er selbst habe solchen alten Arbeitern den Rat erteilt, dem Metallarbeiterverbande beizutreten, und sich erboten, die Beiträge zu erlesen.

Da beide Beklagte noch nicht vorbestraft waren, wurden sie nur mit 20 M. Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis bestraft. Bezeichnend ist die Bemerkung des Gerichtsvorsitzenden, durch die Verhandlung sei von neuem der Beweis erbracht, daß die Unter-nehmer viel mehr Achtung vor der politischen und gewerkschaftlichen Ueberzeugung der Arbeiter hätten, als diese selbst in den eigenen Mit-arbeitern zugeitohen. Eine bittere Wahr-heit, die aber durch obige Schilderung durchaus be-stätigt wird!

Eine recht unfreundliche Stellung nimmt der „Evang. Arbeiterbote“, das Organ des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine Deutsch-lands, seit einiger Zeit den Deutschen Gewerke-vereinen gegenüber ein. Es ist dies um so befre-mdlicher, als nach den Verbandsratsbeschlüssen der Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine unserer Organisation und der christlichen gegenüber sich neutral zu verhalten beschlossen hat. In der letzten Nummer sieht sich der „Ev. Arbeiterbote“ veran-lasst, noch einmal auf die Wahlangelegenheit in Schweid-nitz zurückzukommen und einen Aufruf abzudrucken, den der Vorsitzende unseres dortigen Ortsverbandes zugunsten des sozialdemokratischen Stichwahlkandi-daten veröffentlicht hatte. Dieser Aufruf wurde vor einem Vierteljahr veröffentlicht. Wir haben in mehrfachen Notizen auch nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß dieser Aufruf von allen maßgebenden Instanzen auf das schärfste ge-mißbilligt worden ist. Das weiß der „Ev. Arbeiter-bote“. Anstatt, wie es die Gerechtigkeit gebietet, nun auch unsere mißbilligenden Erklärungen ab-zudrucken, wird behauptet, daß der „Gewerkeverein“ den angeregten Fall in sehr harmloser Weise dar-zustellen beliebt habe. Das ist doch keine erblische und anständige Kampfesweise. Wir haben vom „Ev. Arbeiterboten“ erwartet, daß er Licht und Schatten zwischen christlichen Gewerkschaften und Deutschen Gewerkevereinen gleichmäßig verteilen würde, und wir bedauern es, ausprechen zu müssen, daß wir in dieser berechtigten Annahme arg ge-täuscht worden sind.

Hirsch-Dundersche als Mitläufer der Sozialdemokratie. Unter dieser Stichmarke bringt das Zentrumsorgan „Germania“ und nach ihr sicherlich noch andere Zentrumsblätter, eine Notiz, in der es heißt:

„Sowohl in linksliberalen Parteikreisen wie in der Leitung der Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine ist man sehr unzufrieden darüber, daß Mitglieder der Gewerkevereine bei den letzten Reichstagswahlen offenbar in großer Zahl für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben. Die Stimmverhältnisse in manchen Wahlkreisen bzw. Wahlbezirken lassen über die Tatsache keinen Zweifel. Ja, es ist vorgekommen, daß Gewerkevereiner selbst als Reichstagskandidaten aufgestellt worden sind und weniger Stimmen bekom-men haben, als die Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine dort wohlberechtigte Mitglieder gäßen.“

Uns ist nichts davon bekannt, daß in „links-liberalen Parteikreisen“ Unzufriedenheit herrscht über das Verhalten der Gewerkevereinskollegen bei den letzten Reichstagswahlen. Weshalb sollte auch Unzufriedenheit herrschen, da wir niemals Zweifel daran gelassen haben, daß unsere Mit-glieder wählen können wie sie wollen und wie es ihnen ihre politische Ueberzeugung vorschreibt. Das

aber können wir mit Bestimmtheit sagen, daß in der Leitung der Sächsisch-Dänischerischen Gewervereine von irgend einer Unzufriedenheit nicht das mindeste zu spüren ist. Wenn dann weiter behauptet wird, daß Reichstagskandidaten aus Gewervereinskreisen weniger Stimmen bekommen hätten, als die Sächsisch-Dänischerischen Gewervereine dort wahlberechtigte Mitglieder zählen, so ist das eine blanke Unwahrheit, für die die „Germania“ auch nicht den Schatten eines Beweises beibringen kann. Das ganze Geschreibsel ist also nichts anderes als eine Fülle von leeren Redensarten. Offenbar sollen damit die Gewervereine in der Öffentlichkeit herabgebeizt werden, womit man gleichzeitig den Neben Zweck verfolgt, die Aufmerksamkeit abzulenken von den christlichen Gewerkschaften, denen die „Germania“ sehr nahesteht und in denen die Bewegung im Ruhrkohlenrevier noch immer ihre verheerenden Wirkungen geltend macht.

Die geplante Unterstützungskasse des Deutschen Kriegerbundes, gegen die wir uns mehrfach scharf gewandt haben, scheint in Kriegereinskreisen ebenfalls nicht überall Anklang zu finden. In Hannover hat eine Bezirksversammlung des Deutschen Kriegerbundes es für verfehlt erklärt, die Kasse auf eine so große Basis der Unterstützung zu stellen. Auch brauche die Notstandsunterstützung keine so große zu sein. Was die Unterstützungen bei Ausperrungen und Streiks anbelangt, so nimmt der dortige Bezirk eine grundsätzlich ablehnende Haltung ein, da er sich nicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse einmischen will.

Das ist ein Standpunkt, der durchaus richtig ist, und der im Einklang steht mit unserer Auffassung, daß die Kriegereine andere Aufgaben zu lösen haben und ihre Hände von solchen Klaffen-einrichtungen fernhalten müssen. Wir hoffen, daß die Gewervereinskollegen, die auch Mitglieder von Kriegereinrichtungen sind, diese Auffassung auch zu gegebener Zeit vertreten werden.

Gewervereins-Teil.

§ Göttingen. Bei den Gewerberechtsverfahren, die am 12. April hier stattfanden, haben die Gewervereine einen guten Erfolg zu verzeichnen gehabt. Wenn es uns auch nur gelang, einen Besißer durchzubringen, — das vorige Mal hatten wir überhaupt keinen Sieg errungen — so haben wir doch einen Stimmenzuwachs von 333 erzielt. Auch die Liste der freien Gewerkschaften erzielte einen kleinen Zuwachs, während die Christlichen gegen die vorige Wahl nach der einen Mitteilung 4 Stimmen gewonnen, nach der anderen sogar um 4 Stimmen zurückgingen. Sie sind denn auch die Leidtragenden, indem sie zwei Sitze verloren, von denen wir den einen und die freien Gewerkschaften den andern bekamen. Das Resultat ist offensichtlich ein Ansporn zu noch eifrigerer Arbeit bei zukünftigen sozialen Wahlen.

§ Frankfurt a. M. Der mit dem hiesigen Arbeitersekretariat verbundene Arbeitsnachweis erfreut sich eines so regen Zuspruchs, daß sich die Notwendig-

keit, einen Stillschloß anzuschaffen, schon seit längerer Zeit bemerkbar machte. Dem Bedürfnis ist jetzt abgeholfen worden. Der Kollege Wilhelm s. Düffelhoff, ein in der Gewervereinsbewegung schon viele Jahre tätiges Mitglied, ist für den Posten gewählt worden, wodurch die übrigen 30 Bewerbungen erledigt sind. Kollege Wilkens hat am 16. April sein Amt angetreten. Derselbe ist entschlossen, was in seinen Kräften steht, zur Förderung und Ausbreitung unserer Sache zu leisten, kann aber Erfolge nur erzielen, wenn auch die Mitglieder seine Tätigkeit energisch unterstützen. Hoffentlich erfüllen sich die an die Anstellung des neuen Beamten geknüpften Hoffnungen im reichsten Maße!

§ Schöneberg. Bei den Wahlen zum städtischen Arbeiterausschuß, die am 28. März d. J. stattfanden, haben die „Genossen“ ihre Dittung dafür erhalten, daß ihre Vertreter im vorigen Jahre das Zusammenarbeiten im Arbeiterausschuß mit den Vertretern unseres Ortsvereins der Gemeindearbeiter abgelehnt haben. Die „Genossen“ waren seit davon überzeugt, daß sie dieses Mal alle Mandate für sich gewinnen würden. Aber es kam anders. Bei der Gruppe Straßenreinigung sagten die Kandidaten unseres Ortsvereins mit 55 bezw. 58 Stimmen gegen die Verbände, die nur 52 bezw. 53 Stimmen erhielten. In der Gartenverwaltung, der bisherigen Vorburg der Genossen, wo auch der Sektionsleiter des Verbandes als Kandidat aufgestellt war, trat ebenfalls ein Umschwung ein. Gewählt wurde hier der Kandidat des Gärtnerevereins. In der Gruppe Kanal- und Pumpwerk gelang es den „Genossen“ mit Mühe und Not, noch einmal den Sieg davon zu tragen. Bedenkt man aber, daß bei dieser Gruppe 20 Arbeiter nicht zur Wahl gekommen sind und 22 Stimmen gesplittet waren, so kann man sich auch daraus eine Vorstellung bilden, wie groß die Unzufriedenheit über das Verhalten der Verbände ist. Selbst in den eigenen Kreisen erblickt man in dem Wahlausfall eine Antwort auf das Verhalten im vorigen Jahr.

Hoffentlich werden nun endlich Betriebsausschüsse errichtet, die nach dem Verhältniswahlsystem gewählt werden. Für die Schöneberger Gemeindearbeiter, die auf unserem Boden stehen, aber wird diese Wahl ein Ansporn sein, unermüdet weiterzuarbeiten zum Wohl der gesamten Arbeiterkraft und zur Stärkung unseres Ortsvereins der Gemeindearbeiter. Unsere Parole soll sein: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! G. R.

Verbands-Teil.

Bersammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewervereine (S. D.). Verbandsbau der Deutschen Gewervereine, Greifswalderstr. 221-23. Am 21. April, abends 8½ Uhr Vortrag des Kollegen Lewin: „Geschichtliche Streifzüge“. Besprechung der Partie nach Grünheide. Nollwähliges Ertrinken notwendig. Gäste willkommen. — Gewervereins-Kleberaff (S. D.). Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Besprechungs- u. Verbandsbau d. Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste willk.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr Vertreterversammlung in Vorhops Gesellschaftsbau, Kellenstr.; jeden 1. und 8. Donnerstag im Monat Diskussionsklub ebenda, pünktlich 8½ Uhr abends. — Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Do-

nerstag im Monat bei Hanke. Sandowestr. 42. — Dessau. Gewervereins-Kleberaff jeden Mittwoch, abds. 8½ Uhr Besprechung. 1. Berlin. Sajan, Parkstr. — Danneberg (Sachverständigenrat). Jeden Mittwoch, abds. 9—11 Uhr in Preussenshaus, Parkstr. 29, Sitzung. — Eberfeld. Barman (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenländer, Eberfeld, Kufenstr. und Ergolzingerstr. — Gde. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, in Vereinslokal G. Simon, Alter Markt. — Gassen b. Wachen. Jeden 2. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Diskussionsabend bei Baderwige. — Halle a. S. (Ortsv.). Der Diskussionsabend findet jeden Sonntag im Monat i. Passage-Rest. Gr. Braubaustr. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Dienstag, abds. 8½ Uhr im Restaurant „Fleißh“ Regerstraße 2, Diskussionsabend. — Hamburg (Gewervereins-Kleberaff). Jeden Donnerstag Besprechung, b. Ebnert in Altona, Emsbüttelstr. 48-50. — Hamm (Ortsverband). Sonntag, 21. April, nachm. 4 Uhr Ortsverbandsversammlung bei Fr. Pfelefeld in Markt. Vortrag des Kollegen Grüling. — Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Monatsvers. der Jugendabst. am Sonntag, nach dem 15. eines jeden Monats morgens 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmeier. — Herne in Westf. (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung bei Wittus Ruhe, Herne I, gegenüber der evang. Kirche. — Herten (Diskussionsklub) jeden 2. Mittwoch bei Hülse. — Leipzig. Gewervereins-Kleberaff. Die Besprechungen werden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste willkommen. — Mülheim a. Ruhr. Jeden 3. Sonntag im Monat, vormittags 10½ Uhr Vertreterversammlung im Vereinslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — Quedlinburg und Umgegend (Ortsverb.). Sonntag, den 28. April, nachm. 3½ Uhr Ortsverbandsversammlung in Verneborde, „Walhof im schwarzen Bär“. Tagesordnung: 1. Protokoll. 2. Rassenbericht und Bericht des Revierf. 3. Bo. trag. 4. Die Tarifbewegung der Schneider in Quedlinburg. 5. Anträge des Kollegen Goldschmidt betreffs Bergarbeiterstreik. 6. Abschaffung des doppelten Ortsverbands-Beitrages. 7. Die letzte Gemeindevertreterwahl in Reinfeld. 8. Vertriebenes. — Zettin (Sängerchor der Gewervereine). Die Besprechungen finden jeden Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Rebel, Volkstr. 5, statt. Stimmabgabe der Kollegen sind hergl. willk. — Ziegel (Diskussionsklub für Legel, Vorkriegs- und Reindorf) Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr b. Kömer, Schleierstr. 28, Gde Schönebergerstr. — Thoren (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbandsversammlung bei Nicole, Rauerstr. 62. — Westermünde und Umg. (Ortsverb.). Sonntag, den 21. April, nachm. 4½ Uhr öffentl. Vers. in Eggen (Deutsches Haus). Ref. Kol. Goldschmidt. Vertreterf. 7 Uhr. — Weisenfels a. S. (Bezugsabteilung der Gewervereine) Besprechungsabend: Dienstag, abends 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Besprechungsabend der Kollegen sind willkommen. — Weisenfels (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Diskussionsabend in Hermanns Garten. — Witten (Ortsverb.). Sonntag, 21. April, nachm. 8 Uhr Verbandsversammlung bei Rode in Rangenreter. — Worms (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 10 Uhr, Stammtisch im Vereinslokal Rheinal.

Kennerungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Götting (Ortsverb.). Albert Römisch, Kassierer, Jauernickerstr. 87 II.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbniskasse** des Verbandes der Deutschen Gewervereine.
Eintrittsgeld 25 Pfg. • Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre ohne ärztliche Untersuchung.
Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrütsalters 8 bis 9 Pfg.
Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.
Kugelschreiber und Material versendet das Verbandsbureau:
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

FAHNEN.
Verbandsabzeichen etc. gut und billigst bei **Theobald Berkop** in Oppeln in O.-S.
Im eigenen Interesse bitte genau auf meine altrenommierte seit 1895 bestehende Firma zu achten.
Telephon 188.
Hannan I. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer S. W. Alter, Vlegingerstraße 44. Anweisungen sind bei den Vereinskassierern zu haben.
Wanne (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten auf dem Bureau der Bergarbeiter, Bahnhofstraße 207, eine Reiseunterstützung von 75 Pfg. Derselbst Arbeitsnachweis.
Straßburg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsverbandskassierer G. Tabenow, Mühlenstr. 52.

Friedrich Neumann, Neudeutsche Wirtspolitistik
3. überarbeitete Auflage.
Hofschmitt (Buchverlag der „Hilfe“), G. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911.
Das anschaulich und feinsinnig geschriebene Buch behandelt in den 5 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtspolitistikswesen. 2. Die Materie in der Wirtschaft. 3. Der Wirtspolitistik. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtspolitistikleben.
Das Buch ist in dauerhaftem Leinenband für Gewervereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 3 Mk. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einfindung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23 zu richten.
Sprottau-Enlas (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereiner erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Kollegen G. Schienert in Sprottau, Glogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls.

Vereinsabzeichen, Festabzeichen, Jubiläumsabzeichen, Wilhelm Kistermann, Beuel-Bonn a. Rh.
(Aeltestes Spezialgeschäft dieser Art).
Essen (Ruhr). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Essen Abendbrot, Nachmittags- und Morgenkaffee. Die Besprechungsarten werden nicht mehr auf dem Gewervereinsbureau, sondern bei den einzelnen Kassierern ausgeführt.
Rathenbach und Umgegend (Ortsverband). Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewervereiner beim Kollegen G. H. Bichl, Bauwerstr. 87, Rathenbach i. Schl. Verbands-Kleberaff. Böhler zum Clara-Schaal.
Duisburg (Ortsverband). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten beim Genossen R. a. m. e. r. e. r., Hühnermarkt 10, Besprechungsarten.
Gera (Ortsverband). Die Unterstützung auf Durchreisende Gewervereinskollegen wird ausgezahlt bei Frau Wagner, Gera, Bäckerstraße 11.